

II. Nachtrag zur Kantonsverfassung (Proporzverfahren für die Wahl des Einbürgerungsrates)

Antrag vom 24. November 2008

SP-Fraktion (Sprecher: Gemperle-Goldach)

Rückweisung an die Regierung.

Begründung:

Mit dem II. Nachtrag ist der Einbezug der Ortsbürgergemeinden nicht befriedigend geregelt. Die Regierung wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher das Gemeinde- und das Ortsbürgerrecht entkoppelt werden.